

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle  
Kasseler Str. 20.  
Telefon Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft  
Goslar, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,  
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa beschließender Blatt.

Verlagsdruckerei  
Dresden 1898.  
Verleger:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 118.

Freitag, 24. Mai 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Sonntag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Tagespreis gegen Voranmeldung für einen Monat 1 Mark 25 Pfennig oder 12 Mark für ein Semester. Die bei der Bestellung von Jahrsbestellungen, Gebührenden der Höhe und Zahlungsweise bestimmen wir uns nach der Vereinbarung und nachherigen von. Abnehmer für die Dauer der Bestellungen sind die 3 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 von Berlin: 1 von jeder Grundgebühr 100 Pfennig; die 20 von Berlin 100 Pfennig; je nach Umfang und Inhaltlicher Seite 50%, Kaufpreis, je nach Umfang und Inhaltlicher Seite 50%. — Im Falle von Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Redaktion oder der Verlagsanstalten — hat der Eigentümer keinen Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Tagespreises. Relationsbüro und Verlag: Hauger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goslar Nr. 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

## „Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen glatt gelandet.

### Schweres Eisenbahnunglück bei Fulda.

#### Staat und Ethik.

In Halle feiert die Deutsche Kantgesellschaft das Jubiläum ihres 50jährigen Bestehens. Der Königsberger Philosoph darf mit seinen grundlegenden Werken wohl als höchster Ausdruck deutschen Philosophierens gelten. Jedenfalls sind seine Ideen auch heute noch so lebendig, daß sie im Mittelpunkt lebhafter Erörterungen stehen. Und sie haben deutschen Geist weit über die Grenzen Deutschlands hinaus zu Einfluss gebracht. Daraus erklärt sich nicht nur die Bedeutung, sondern auch die aufsteigende Entwicklung der Kantgesellschaft, in der sich Gelehrte und Gebildete zusammengefunden haben, um das Erbe des großen Denkers in Vorträgen, Zeitschriften und sonstigen Veröffentlichungen immer neu durchzuarbeiten nach der bekannten Goethe'schen Regel: Was du ererbst von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen. Mehr als andere wissenschaftliche Gesellschaften hat wohl diese unmittelbar praktische Bedeutung für Denken und Politik der Gegenwart. Das kam auch in der Ehrung zum Ausdruck, die die Stadt Halle ihren Gästen jenseitig werden ließ. In Halle ist die Gesellschaft gegründet worden und dort lebt noch Professor Bahlinger, dessen Name mit dem Ursprung der Kantgesellschaft eng verknüpft ist, und dessen viel zitierte Philosophie des „Als ob“ feinerzeit einen besonders starken Anstoß zur Erneuerung der kantischen Problematik gab. Im alten Rathaus der Stadt wurde der Gesellschaft ein feierlicher Empfang bereitet, bei welchem der Oberbürgermeister in einer wirklich sein durchdrachten und von kantischem Geist erfüllten Ansprache die Verbindung zwischen der wissenschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft und der praktischen politischen Tätigkeit der Gegenwart zog. Er, der nunmehr schon über zwanzig Jahre an der Spitze der sehr schwierigen Kommunalverwaltung von Halle steht, wurde zum Ehrenmitglied der Kantgesellschaft ernannt. An seiner Seite hatte sich der amerikanische Hofkammer Schuman eingefunden, der bekanntlich von seiner Studienzeit in Deutschland her sich ein reges Interesse für die deutsche Philosophie bewahrt hat. Vor 25 Jahren betrat er zum ersten Mal den Boden Deutschlands und feierte gleichzeitig am Empfangsabend seinen Geburtstag.

Es ist nicht gleichgültig, an diese Neuerscheinungen des Jubiläums zu erinnern, weil sie zugleich ein Beweis dafür sind, wie stark haben ihre wissenschaftliche Arbeit mit der praktischen politischen verbunden. Darauf deutete auch das Thema dieser Jubiläumstagung hin, das der Frage des Verhältnisses von Staat und Ethik gewidmet war. Man weiß, wie umstritten dieses Problem ist. Die Frage ist im Staat die verdrängte Ethik selbst. Spätere Staatsphilosophen wollten das Wesen des Staates nur noch in der Macht sehen und die Ethik durch eine unüberwindliche Kluft von der Politik scheiden. Letzteres ist natürlich im Geiste Kants unmöglich. Aber auch die Hegelsche Auffassung läßt sich aus kantischen Gedankengängen heraus kritisieren. Die Begriffe Recht und Staat bedeuken sich ebenso wenig, wie die Begriffe Ethik und Staat. Auf die mangelhafte Uebersetzungen dieser Begriffskreise wiesen der Rostocker Professor Tarnowen und der Berliner Professor Karl Schmitt in ihren Vorträgen hin. Der letztere sieht im Recht eine soziale Friedensordnung, die anerkannt werden muß, auch wenn sie nicht den Anforderungen der Ethik in allen Punkten entspricht. Tarnowen zeigte an Beispielen, wie an der Antigoné des Sophokles, die Widersprüche, in die ein reines Gewissen mit den Forderungen des Staates kommen kann. Von der Demokratie befreit er eine Verbindung des Staates und sieht dessen Wesen liegen im sozialen, kulturellen und religiösen Zusammenleben des Volksgemeins. Er könnte sich einen Staat ohne Kirche nicht denken, wobei nach seiner Uebersetzung die heutige Kirchenpolitik sich einmal auf Grund gemeinsamer weltlicher Beziehungen müsse überdenken lassen. Er steht einer Ethik gegenüber der Kirche spirituell gegenüber. Anders wiederum waren beispielsweise umgekehrt die Verhältnisse gegenüber dem Gedanken einer neuen einheitlichen Gotteslehre und zeigten mehr dazu, der außerweltlichen Ethik in Zukunft die besten Aussichten anzuzeigen. Aber einzelne ethische Normen und den Zusammenhang der Staatsidee mit der Reichsgotteseide zwischen die Professoren Bremer-Lothar und Althaus-Erlangen. Der hessische badische Kantwissenschaftler Professor Sellbach zeigte, wie auch die Parteien aus diesen Quellen der Weltanschauung heraus ihre Kräfte schöpfen müßten, wenn sie wirklich Erdröhren leisten wollten.

Die Fälle der Probleme, vor die man sich bei der halter Tagung gestellt sah, kann durch diese Bemerkungen natürlich nur angedeutet werden. Aber schon die Andeutungen dürften genügen, um daran zu erinnern, in welchem großen Zusammenhang auch die politischen Tagesfragen stehen, die uns beschäftigen und oft so schwer bedrücken. Man wird diese Tagesfragen ernst nehmen, wenn man sie aus philosophischem Geiste heraus erfährt und man wird andererseits mehr Ethik, Luthers und Kantianismus

## Zur neuen Lage der Pariser Verhandlungen.

### Eingehende Ansprache der deutschen Delegation mit den Vertretern der Gläubigerationen.

Paris. Die deutschen Delegierten Dr. Schacht und Kahl haben mit den vier Vertretern der Gläubigerationen Adès, Quedner, Pirelli und Guit gestern nachmittag in Anwesenheit amerikanischer Delegationsmitglieder eine eingehende, nahezu dreistündige Ansprache über die Antwort der Gläubigerdelegationen gehabt, ohne daß irgendwelche Beschlüsse gefaßt worden sind. Die Gläubigervertreter werden nunmehr ihre Delegationen über den deutschen Standpunkt unterrichten, erst dann werden die Besprechungen hierüber weitergehen. Inzwischen werden voraussichtlich zwischen Dr. Schacht, Owen Young und Sir Joseph Stamp Besprechungen über andere Fragen geführt werden.

### Die Gläubigerentschrift in Berlin.

Berlin. Die Entschlüsselung der Gläubigerentschrift ist gestern abend durch Kurier in Berlin eingetroffen. Es handelt sich um ein Schriftstück von 65 Seiten Umfang, das nach eingehender Prüfung auch durch die amtlichen deutschen Stellen unterzogen werden wird.

### Kritische Lage nach Böglers Rücktritt.

Am den Rücktritt Generaldirektor Böglers als Mitglied der deutschen Delegation in Paris geben in der Presse die verschiedenartigsten Gerüchte. Von manchen Seiten wird behauptet, daß dieser aussergewöhnliche Schritt Böglers auf den unmittelbaren Druck der schwerindustriellen Kreise des Ruhrgebietes zurückzuführen ist, die sogar nicht davor zurückgeschreckt seien, Herrn Böglers für den Fall seiner Zustimmung zu dem alliierten Zahlungsplan mit der Entlassung aus der von ihm eingenommenen Position als Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke zu drohen. Entgegen dieser Darstellung wurde uns von einer maßgeblichen Persönlichkeit berichtet, daß der unter Umständen folgenschwerer Entschluß Böglers keinesfalls das Resultat einer schwerindustriellen Einwirkung darstellt. Den Tatsachen entspricht nur, daß bei den Besprechungen in Wien von verschiedenen Industriellen eine ablehnende Haltung gegenüber den das ursprüngliche deutsche Angebot übersehenden Forderungen bezeugt wurde, wobei die Auffassung zutagegetreten sein soll, daß man sich auch nicht davor scheuen dürfe, es auf das Schlimmste, also auch auf eine Dampfschiffreise ankommen zu lassen. Soweit wir unterrichtet sind, ist der Widerstand Böglers in erster Linie gegen die im Young-Plan vorgeschlagenen weiteren 21 Jahreszahlungen gerichtet. Böglers kann sich, hauptsächlich aus moralischen Gründen, zu einer so unerbürdeten Belastung von Generationen nicht verstehen. Das ist ein Standpunkt, gegen den sich verständlich genug zweifellos nichts sagen läßt. Es handelt sich hier offensichtlich um eine Gefährdung, die nur vom Gewissen des Einzelnen zu beantworten ist. Wäre es aber lediglich dieser eine Punkt, so wäre immerhin noch eine gewisse Aussicht auf eine Verständigung vorhanden. Die Behauptung Böglers betreffen jedoch auch die von den Alliierten größtenteils abgelehnten deutschen Vorbehalte, wie z. B. die sogenannte Sicherheitsklausel und das Zahlungsamortatorium für die Hälfte des geschätzten Wertes der Annullitäten. Die letztere Forderung konnte bekanntlich deutschseits mit einem Hinweis auf die interalliierten Schuldabkommen erhoben werden, ohne aber bei den Gläubigern das nötige Verständnis gefunden zu haben. Dies hat natürlich auch die beiden anderen deutschen Delegierten, Dr. Schacht und Dr. Kahl, in eine wenig hoffnungsvolle Stimmung verlegt, so daß sie es mit ihrem Verantwortungsbewußtsein schwerlich vereinbaren können, unter das neue Gläubigerprojekt ihren Namen zu legen. Glücklicherweise haben die Alliierten ihren Vorbehalt keinen ultimativen Charakter verliehen, wodurch die Möglichkeit weiterer Verhandlungen offen geblieben ist. Ob diese Verhandlungen unter den durch Böglers Rücktritt zumindest nicht erleichterten Umständen in letzter Stunde noch zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden, vermag niemand nicht einmal der Betheiligten zu sagen. Eines wissen wir nur, daß wir jetzt am allerkritischsten Punkt der Pariser Reparationskonferenz anzufragen sind.

### Die Berliner Presse zum Rücktritt Dr. Böglers.

Das Echo, das der Rücktritt Dr. Böglers von sich hat, ist sehr uneinheitlich. Der Schritt des deutschen Delegierten wird in der sozialdemokratischen und demokratischen Presse kritisch mit dem Bemerkten, daß der Rücktritt das Ergebnis von Verzögerungen, die sich im Interesse der deutschen Schwerindustrie vollzogen hätten, sei. Das „Abend“, die Abendausgabe des Vorwärts, erklärt: Böglers hat die deutsche Delegation in einem Augenblick verlassen, in dem sie gerade in einem überaus schwierigen Verhandlungslage war. Das macht sein Verhalten noch weniger verständlich. Je nachdem konnte er dem Gesamtergebnis, was das jetzt noch fertig gerungen wird, seine Zustimmung geben oder verweigern, er hat es aber vorgezogen, vorzeitig auf die Front auszubringen. — In der „Deutschen Zeitung“ heißt es: Welche Rückwirkungen Böglers Demission auf den noch bevorstehenden Pariser Reparationskonferenz haben kann, ist im Augenblick schwer zu übersehen. Die öffentliche Meinung über Böglers Rücktritt ist vielfach unklar, man hat eine Vermutung über die tatsächlichen Beweggründe, die ihn zum Rücktritt geführt haben, aber die Antwort der Sachverständigen der Gläubigerseite auf die deutschen Vorbehalte. Es ist eine sehr schwierige Situation geschaffen worden, gerade als man glaubte, in das Endstadium der Verhandlungen gelangt zu sein. Die Pariser Reparationskonferenz wird noch kritische Lage annehmen können. — In der „Berliner Zeitung“ wird ausgeführt: Dr. Böglers Rücktritt ist nicht nur eine persönliche Entscheidung und Meinungsäußerung, vielmehr muß man bei der Beurteilung, daß er zum Mitglied der deutschen Delegation ernannt worden ist, auch er einer der repräsentativsten Vertreter der unmittelbaren Wirtschaft ist. Deshalb ist weiter sein Rücktritt als wichtiges Zeichen für die skeptische Beurteilung der Pariser Entwicklung durch bedeutende Kreise der Wirtschaft und als Warnungssignal an alle Verhandlungsparteien auf der Reparationskonferenz anzusehen. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die die Beeinflussung Dr. Böglers durch irgend eine deutsche Industriegruppe in Abrede stellt, betont, daß dasjenige, was als Forderung der Gläubiger heute aus Paris gemeldet wird, grundsätzlich für keinen einzigen mit diesen Fragen befaßten Menschen annehmbar sein kann, nicht nur für Dr. Böglers nicht. — Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Dr. Böglers glaubt eine Entscheidung nicht weiter verantworten zu können, die Deutschland auf den Weg untragbarer Lasten und Jugendsünden zu drängen droht, die aber darüber hinaus, wie die letzten Forderungen der Entente-Vertreter zeigen, den Verhandlungswilligen Deutschlands mit geradezu zynischem Döbereiner mißtrauen versucht.

### Die Bremer Handelskammer an Dr. Böglers.

Bremen. Die Handelskammer Bremen sandte gestern an Herrn Generaldirektor Dr. Böglers vom Reichsverband der Deutschen Industrie-Berlin das nachstehende Telegramm: Falls heutige Zeitungsnachrichten über Gegenwärtige Alliierten in Reparationsfragen zutreffend sind, geben wir der zurechtfindenden Erwartung Ausdruck, daß die deutsche Delegation Vorbehalte dieser Art entschlossen zurückweisen wird, da die Annahme unerfüllbarer Forderungen mit Grundfragen kaufmännischer Ehrlichkeit völlig unvereinbar ist. Handelskammer Bremen.

### Londoner und Pariser Pressestimmen.

Paris. Londoner Blätter wissen zu berichten, daß wesentliche Teile des Pariser Sachverständigenberichts von der deutschen Delegation als völlig unannehmbar betrachtet würden. In französischen Kreisen habe gestern eine düstere Stimmung geherrscht. Dr. Schacht's letzte Auskunft werde darin bestehen, eine Vertagung bis Oktober zu beantragen. In der Pariser Presse wird der Rücktritt Dr. Böglers verhältnismäßig ruhig aufgenommen und die Ansicht ausgesprochen, daß die Konferenz dadurch nicht in Gefahr komme.

### Abreise Parter Silberts nach Berlin.

Paris. (Kontinental.) Nach dem „Newport Herald“ ist der Agent für Reparationszahlungen Parter Silberts gestern von Paris nach Berlin abgereist.

weil wir in unseren Parlamenten heute leider sonst freies Echo gefunden bekommen, tut es wohl, von der gegebenen politischen Gedankenarbeit der Kantgesellschaft zu hören. Es wäre nur zu wünschen, daß ein erweckender Einfluss von ihr auf unser so zerrissenes und unfruchtbares politisches Leben übergehen möge.